



**ARGE FNB OST**  
ARBEITSGEMEINSCHAFT  
FLÄCHENNETZBETREIBER OST

# Auswertung Wahlprüfsteine Bundestagswahl

avacon

e.dis

enso NETZ



Stromnetz  
Berlin 

Stromnetz  
Hamburg 

**NETZE**  
Magdeburg 

Thüringer  
Energienetze 

**WEMAG NETZ**  
GmbH 

## Block 1 | Rahmenbedingungen an Entwicklungen der Energiewende anpassen

Fragen	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
<p>1 b). Für welche konkreten Maßnahmen würde sich Ihre Partei im Deutschen Bundestag verwenden, um den Netzausbau speziell in der Hochspannung deutlich zu beschleunigen?</p>	<p>k.A.</p>	<p>k.A.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren insbesondere für den Ausbau der Übertragungsnetze</li> <li>• Verfahren vereinfachen und beschleunigen</li> <li>• Vermeidung von Doppelprüfungen wo immer möglich</li> <li>• Digitalisierung von Prozessen</li> <li>• Sicherstellung einer angemessenen personellen Ausstattung von Behörden und Gerichten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bezug nur auf Übertragungsnetz (Verteilnetze anscheinend nicht auf dem Radar)</li> <li>• Rezept: frühzeitige Bürgerbeteiligung, optimale Nutzung Bestandsnetz und Erläuterung der Bedeutung der Netzausbaupläne</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ausbau und Stärkung der Verteilnetze hat Vorrang aufgrund Elektrifizierung Verkehr, PV-Ausbau und Elektrifizierung Wärme.</li> <li>• Netzausbauplanung unter Berücksichtigung von zukünftig 100% EE-Strom</li> <li>• Flexibilitätsdienstleistungen von Strom- und Wärmespeicher mitdenken</li> <li>• HS-Netzausbaubedarf wird sich durch dezentrale Lastenverteilung maßgeblich verringern</li> </ul>

## Block 1 | Rahmenbedingungen an Entwicklungen der Energiewende anpassen

Fragen	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
1 c). Wie wollen Sie die Akzeptanz der Energiewende erhöhen? Welche Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe an der Energiewende stellen Sie sich künftig vor?	k.A.	k.A.	<ul style="list-style-type: none"> <li>Besseres Management der Energiewende insgesamt</li> <li>Höhere Strompreisen vermeiden</li> <li>Versorgungssicherheit gewährleisten</li> <li>Aktive Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern z.B. durch Anlagen zur Eigenversorgung</li> <li>Frühzeitige und transparente Bürgerbeteiligung für mehr Akzeptanz vor Ort</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Verbindliche Beteiligung Kommunen</li> <li>Energiegeld aus CO<sub>2</sub>-Einnahmen zum soz. Ausgleich</li> <li>Stärkung Mieterstrom &amp; Bürger*innen-Projekten</li> <li>Keine Aussage hinsichtlich Umgang mit EEG-Umlage, Stromsteuer &amp; Co mit Blick auf Sektorkopplung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Regionale Energiewende mit Fokus auf Projekte in Bürgerhand sowie Bürgerenergiegenossenschaften</li> <li>Keine Ausschreibungen bis 18 MW Anlagengröße. Hauseigentümer, Mietervereinigungen, Kommunen sollen Energieversorgung in die eigene Hand führen</li> <li>Forderung des Rechts auf Beteiligung auf ortsnahe Energieanlagen durch Kommune; teilweise Abgabe der Erlöse dieser Anlage an die Kommune</li> <li>Industrierabatte bei Ökosteuer, Netzentgelte usw. reduzieren, um geringere Strompreise für Haushalte zu finanzieren</li> <li>Keine Aussage hinsichtlich Umgang mit EEG-Umlage, Stromsteuer &amp; Co mit Blick auf Sektorkopplung</li> <li>Verbot von Strom- und Gassperren bei einkommensarmen Haushalten</li> </ul>
1 d). Welche Möglichkeiten zur Senkung Energiewende bedingter Belastungen der Netznutzer insbesondere in den Regionen mit sehr hohem Anteil an Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien sehen Sie?	k.A.	k.A.	<ul style="list-style-type: none"> <li>Reform staatlicher Stromkostenbestandteile</li> <li>Senkung der Stromsteuer auf das EU-Mindestmaß</li> <li>Abschaffung der EEG-Umlage</li> <li>Reform der Netzentgelte</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Reform Netzentgeltsystematik: transparent &amp; fair</li> <li>Keine weiteren Erläuterungen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Bundeseinheitliches Netzentgelt über alle Spannungsebenen. Reformierung Netzplanung (siehe Antwort zu 1) notwendig.</li> </ul>

Fragen	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
2 a). Wie stehen Sie zur Einführung von Mindestanteilen von Wasserstoff in Erdgasausschreibungen?	k.A.	k.A.	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Marktwirtschaftlicher Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft</li> <li>• Förderung für Aufbau der entsprechenden Infrastruktur</li> <li>• Ganzheitlicher und technologieoffener und EU-konformer Regulierungsrahmen für Gasnetze</li> <li>• Deckelung der CO2-Emissionen in allen Sektoren über eine Ausweitung des europäischen Emissionshandels</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Strikte Trennung zwischen H<sub>2</sub>- und Erdgasnetz</li> <li>• Befürchten Belastung des H<sub>2</sub>-Netz durch Erdgasnetz, das Erdgaskunden zurück gehen</li> <li>• Flexibilitätsanreize für z.B. Elektrolyseur durch zeitl. befristete und lokal spezifische Senkung von Umlagen, Abgaben &amp; Steuern für erneuerbaren Strom</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Beimischung von H<sub>2</sub> ins Erdgasnetz wird kritisch gesehen</li> <li>• Grüner H<sub>2</sub> für Stahlproduktion</li> <li>• Gebäudewärme und Mobilität elektrifizieren aufgrund des Effizienzgedankens</li> <li>• Planung des Erdgasausstiegs heute anstoßen</li> <li>• Forderung eines Erdgasaussteigegesetz mit sozialer Absicherung für Beschäftigte</li> </ul>
2 b). Welche Überlegungen haben Sie, um in der jetzigen Phase so genannte „First-Mover-Disadvantages“ über sinnvolle Förderansätze auszugleichen und entsprechende Projekte anzureizen?	k.A.	k.A.	Siehe Antwort 2 a).	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Marktanreize + umfassendes Förderprogramm</li> <li>• Keine Spezifizierung Der Marktanreize oder der Art der Förderung</li> <li>• Flexibilitätsanreize für z.B. Elektrolyseur durch zeitl. befristete und lokal spezifische Senkung von Umlagen, Abgaben &amp; Steuern für erneuerbaren Strom</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bezogen auf H<sub>2</sub>-Projekte: Gezielte Einstiegsförderung für Dekarbonisierung der Industrie</li> <li>• Differenzkosten zwischen neuen, klimaneutralen (teuren) Technologien und alten, fossilen (billigen) Technologien übernimmt die öffentliche Hand</li> <li>• Die Gegenleistung für diese Übernahme sind Anteile am Kapital, am Gewinn oder an der Verwertung von Patenten. Kommunale Pilotprojekte zur Erzeugung</li> <li>• Transport und Nutzung von Wasserstoff werden als sinnvoll erachtet</li> </ul>

Fragen	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
<p>3 a). Wie sollte ein zukunftsfähiger Regulierungsrahmen gestaltet sein und welche Möglichkeiten sehen Sie, um nach dem erwarteten Urteil des EuGH künftig Kontinuität, Verlässlichkeit und Rechtssicherheit des Regulierungsrahmens sicherzustellen?</p>	k.A.	k.A.	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ganzheitlicher und technologieoffener und EU-konformer Regulierungsrahmen für Energienetze</li> <li>• Wahrung der Unabhängigkeit der Gerichte und Regulierungsbehörden.</li> <li>• Angemessene Finanzierung der Investitionen für die Herausforderungen der Energiewende</li> <li>• Modernste (Verteil-)Netze sind Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Unspezifische Antwort mit Bezug auf EuGH</li> <li>• Lediglich Bekenntnis zur Einbeziehung des BT</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Beseitigung des unübersichtlichen Dickichts an Regelungen und Verordnung.</li> <li>• Netzplanung und Regulierung muss öffentlich transparent und nachvollziehbar sein</li> <li>• Volle Transparenz der Bundesnetzagentur in Bezug auf Entscheidungsgrundlagen und Entscheidungsregeln aber auch mehr Entscheidungsspielraum für die BNetzA</li> </ul>
<p>3 b). Werden Sie sich für langfristig stabile Rahmenbedingungen zur angemessenen Finanzierung von Netzinvestitionen einsetzen und wenn ja, mit welchen Maßnahmen?</p>	k.A.	k.A.	Fragen 3 a), b), d). gemeinsam beantwortet	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Unspezifische Antwort</li> <li>• Wollen auf Interessenausgleich zwischen Verbraucher und Investoren achten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Überführung der öffentlichen Daseinsvorsorge (auch Energienetze) in die öffentliche Hand</li> <li>• Diese soll kostendeckend und auskömmlich arbeiten, aber nicht profitorientiert</li> <li>• Dadurch soll die Abhängigkeit des Netzbetreibers von privaten Kapitalanlegern verringert werden. Finanzierung soll über einheitliche Netzentgelte geschehen</li> </ul>

Fragen	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
3 d). Wie ist Ihre Position zur Anerkennung der Kosten des Engpassmanagement (Redispatch) bei Verteilnetzbetreibern? Wie würden Sie eine Regulierung gestalten, die VNB mit viel erneuerbarer Stromerzeugung in ihren Netzen nicht ab der 5. Regulierungsperiode wirtschaftlich benachteiligt?	k.A.	k.A.	Fragen 3 a)., b)., d). gemeinsam beantwortet	<ul style="list-style-type: none"><li>• Stützen sich auch BNetzA</li><li>• Wollen Austausch dazu bleiben</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Refinanzierung der Redispatchkosten an den Stellen, wo sie anfallen</li><li>• Forderung nach neuen dezentralen Zu- und Abschaltregulatorien, die das Potenzial von Energiespeichern und intelligenter Netzsteuerung ausschöpfen</li><li>• Überprüfung der ARegV um diese Forderungen zu erfüllen</li></ul>